

**Betreff:** Besetzung und Staatsterror in Palästina

**Von:** NAHOSTREFERAT <nahostreferat@zentrale.auswaertiges-amt.de>

**Datum:** 15.06.2016 13:08

**An:** "hhausmann@arcor.de" <hhausmann@arcor.de>

Sehr geehrter Herr Haußmann,

vielen Dank für Ihre an Außenminister Steinmeier gerichtete Mail, die dem zuständigen Nahostreferat mit der Bitte um Beantwortung zugeleitet wurde.

Sowohl im EU-Rahmen als auch bilateral betont die Bundesregierung die absolute Notwendigkeit, dem Völkerrecht und den Menschenrechten Geltung zu verschaffen. Sie hat wiederholt deutlich gemacht, dass die israelischen Siedlungen völkerrechtswidrig sind. Sie spricht die Siedlungsproblematik und die damit in Zusammenhang stehenden Probleme, inkl. Siedlergewalt, Hausabrisse, Umsiedlungen, regelmäßig gegenüber der israelischen Regierung an, zuletzt anlässlich der deutsch-israelischen Regierungskonsultationen in Berlin am 16. Februar 2016.

Sie ist der Überzeugung, dass nur eine im Einvernehmen zwischen den Parteien gefundene Lösung, die sämtliche offenen Fragen und Streitpunkte abschließend klärt und den berechtigten Forderungen und Interessen beider Seiten gerecht wird, nachhaltig sein und die Region dauerhaft befrieden kann. Gemeinsam mit ihren Partnern in der EU sowie den USA setzt sich die Bundesregierung mit aller Kraft für die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung ein.

Die friedliche Lösung des Nahost-Konfliktes zählt zu den außenpolitischen Prioritäten der Bundesregierung. Alle Menschen in Israel und Palästina haben ein Recht, in Frieden und Sicherheit zu leben. Daher ist es besonders wichtig, einen neuen Anlauf im Nahostfriedensprozess zu unternehmen, um die Sprachlosigkeit zwischen Israelis und Palästinensern zu überwinden, wie die tragischen Entwicklungen einmal mehr beweisen. Wir brauchen den Wiedereinstieg in einen politischen Prozess. Nur eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung kann aus unserer Sicht die Region dauerhaft befrieden und stabilisieren.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Nahostreferat des Auswärtigen Amts

---

**Von:** Hans Haußmann <[hhausmann@arcor.de](mailto:hhausmann@arcor.de)>

**Gesendet:** 14.06.2016 00:15

**An:** Steinmeier Frank-Walter

**Betreff:** Besetzung und Staatsterror in Palästina

Sehr geehrter Herr Außenminister Steinmeier,

seit 49 Jahren leben etwa 2,5 Millionen Palästinenser im Westjordanland

## Besetzung und Staatsterror in Palästina

unter israelischer Besatzung. Weltweit geht keine militärische Besatzung mit so zahlreichen völkerrechtswidrigen Handlungen einher.

Wie ist es möglich, dass Deutschland mit seiner Verantwortung Israel gegenüber diese enge Verbundenheit nicht nutzt, um Israel an seine Verantwortung gegenüber der Staaten- und Völkergemeinschaft zu erinnern?

Konkret muss Israel seitens Deutschland und der EU in die Pflicht genommen werden, sich an internationales Recht zu halten. Ansonsten sollte man entsprechende Konsequenzen in den bilateralen Beziehungen erwägen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Haußmann  
Wolfschlugen  
Tel.: 07022 / 95 95 86  
Fax: 07022 / 95 95 87  
Händy: 0176 / 661 678 65